

TV-Politikmagazine: „Ein Problem entsteht allerdings dann, wenn das Investigative nicht als Methode, sondern als ein Sektor des Journalismus aufgefasst wird

Wesentliche Aussagen der Studie „... den Mächtigen unbequem sein“ - Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine von Bernd Gäbler

Er stellt zur gesellschaftlichen Situation, in die die Politikmagazine senden, fest:

„Aktuell gibt es keine Anzeichen dafür, dass fundamentale politische Veränderungen, Erschütterungen, Aufstände oder auch nur Protestbewegungen in größerem Umfang zu erwarten sind. Die Gesellschaft ist offener geworden, pluraler, vielfältiger in den allseits akzeptierten Lebensweisen. **Es ist kaum noch möglich, sie durch einzelne Enthüllungen oder gar Tabubrüche tiefgreifend zu erschüttern.** Längst vorbei sind Zeiten, in denen die Republik erbebte, wenn Klaus Bednarz sich räusperte.

Statt politischer Proteste gehen allenfalls immer wieder neue Erregungswellen durch das Land. Die Nachrichtenlogik: „Mitzuteilen, weil wichtig“, hat längst auch ihre Umkehrung hervorgebracht: „Wichtig, weil mitgeteilt“. (S. 20)

Dies kann allerdings nicht als Grund dafür herhalten, dass nur selten relevante Themen erstmals durch die Politikmagazine öffentlich werden:

„Das Gros aller Beiträge wird nicht gesendet, damit ein Thema dadurch relevant wird, sondern sie **gelangen erst ins Fernsehen, wenn sie bereits Relevanz besitzen.** Die Magazine stehen meist nicht am Anfang, sondern in der Mitte oder sogar eher am Ende des Lebenszyklus eines Themas in der Öffentlichkeit. Zu viele Anregungen nimmt das Fernsehen aus anderen Medien auf – verfilmt also, dreht weiter oder beleuchtet einen besonderen Aspekt dessen, was schon in der Zeitung stand –, zu wenige direkt aus dem Leben.“ (S. 47)

„Fasst man die Themen der heterogenen Magazine, die alle im Ersten Programm laufen, tabellarisch zusammen, so ergibt sich ein Bild ...: Auch in der Gesamtschau ist also **Gesundheit das vorrangige Thema** der politischen ARD-Magazine. Nun mag es in diesem Bereich große Probleme geben, aber im Ernst wird niemand behaupten, dass diese Schwerpunktsetzung einen realistischen Blick auf die gegenwärtige Gesellschaft und deren zentrale Probleme ausdrückt. Spätere Generationen, die anhand der Themen der politischen Magazine versuchen zu rekonstruieren, was die bundesrepublikanische Gesellschaft im Jahr 2014 als Zentrum des Politischen begriffen hat, dürften jedenfalls ziemlich danebenliegen.

Besonders häufig wird dieses Thema von *Report Mainz*, *Report München* und *Kontraste* bearbeitet. Interessant ist, dass sich in mehr als einem Vierteljahr nur ein einziger Beitrag der Ebola-Epidemie widmete, obwohl in Sierra Leone, Liberia und Guinea in dieser Zeit Tausende starben. Man kann immer auf andere Formen und Formate verweisen, in denen dieses internationale Thema prominenter behandelt wurde, dennoch bleibt festzuhalten, dass diese Katastrophe an den politischen Fernsehmagazinen weitgehend vorbeigegangen ist.

Auffällig ist, dass in der gesamten **Berichterstattung zur Innenpolitik die Beiträge mit direktem Bezug zu einer politischen Partei Seltenheitswert** haben. Wieder wird man argumentieren können, dass für eine solche Berichterstattung ja die tagesaktuellen Nachrichtensendungen oder der „Bericht aus Berlin“ zuständig seien. Gerade diese säuberliche Verteilung von Ressorts und Zuständigkeiten auf unterschiedliche Sendungen könnte jedoch bereits ein Problem des TV-Journalismus beschreiben.“ (S. 45)

Bernd Gäbler kritisiert die meist **fehlende Recherchetiefe und nicht vorhandene Recherchestrategie:**

„Es mangelt den Magazin-Redaktionen an einer langfristig angelegten Recherchestrategie. Jedenfalls ist es keine ins Auge springende Tugend der Magazine, auf jeden Fall „am Ball zu bleiben“. Vielleicht ist dafür in der ARD der Abstand zwischen den einzelnen Ausgaben eines Magazins einfach zu groß.“ (S. 52)

Auch konstatiert er eine **Gleichförmigkeit** der Magazine:

„Einzelne Methoden des journalistischen Handwerks und bestimmte Formen der Darstellung – etwa die Anonymisierung eines Zeugen, das Zitieren aus Dokumenten oder das „Überfall- Interview“ – kommen hier immer wieder vor. Auf diese Weise entsteht in der Gesamtheit ein „Look“ der politischen Magazine. So berechtigt bestimmte Methoden und Darstellungsformen im Einzelnen auch sein mögen, können sie bei permanenter Anwendung doch zu einer gewissen Gleichförmigkeit beitragen. Grund für die Gleichförmigkeit ist u. a. die **jeweils nur kurze Sendedauer von 30 Minuten**. Verglichen mit den ARD-Magazinen ist frontal 21 deutlich abwechslungsreicher aufgebaut. Es gibt Kleinformen und Rubriken, die zwischen längere Reportagen gestreut werden können. Die um eine Viertelstunde längere Sendezeit erlaubt sowohl hintergründigere Beiträge als auch eine etwas spielerischere Gestaltung der Sendung.

„In den 30-minütigen Sendungen fehlt die Abwechslung zwischen kurzen und langen Stücken und zwischen verschiedenen journalistischen Formen wie Interview, Reportage, Porträt, Clip, Satire. Stets wird dem Zuschauer genau das geboten, worauf er zuvor hingewiesen worden ist.“ (S. 52)

„Eine **individuelle Handschrift** besonders ambitionierter Filmemacher ist in den Magazinen kaum noch zu erkennen.“ (S. 53)

Kritik äußert er insbesondere daran, dass auch Gewaltvideos gezeigt werden, denn:

„**Ein verpixeltes Standbild reicht aus**. Manche argumentieren, diese grausamen Szenen seien ohnehin überall im Internet zugänglich. Das verfängt nicht, denn **es geht um Normen für einen verantwortlichen Journalismus**. Nun wird immer, wenn der prominenteste deutsche IS-Überläufer „Deso Dogg“ alias Denis Cuspert zu sehen ist oder wenn Jungs im rheinischen Dialekt schwärmen, wie gern sie Ungläubigen die Kehle durchschneiden würden, eingeblendet, dass es sich hier um ein „Propaganda-Video“ handele. Der **ästhetischen Faszination dieser Propaganda**, die gerade darauf setzt, jedem zivilisierten Verhalten Hohn zu sprechen, kommt man so aber nicht bei. Die Propaganda zeigt Radikalisierung und Gewalt im Exzess. Sie zeigt aber auch eine Bildsprache, die eine Sehnsucht nach „Dschihad-Romantik“ bedient (Ucar/Kaddor 2015). Die Accessoires – von den Uhren über die Sonnenbrillen bis zu den Camouflage-Westen und Jeeps der IS-Kämpfer – kennen viele Jugendliche von krassen Gangsta-Rappern (von Uslar 2015). Es wird ein Körperkult von Stärke, Unverwundbarkeit und überlegener Männlichkeit inszeniert. Wer diese Ästhetik einfach verdoppelt, wird es schwer haben, zugleich die politische Einsicht zu verbreiten, dass hier ein gemeiner, feiger, sich aufblasender und vor allem besiegbare Terrorismus herangewachsen ist. Eine **alternative Antwort in den Darstellungsformen ist also auch dringend politisch notwendig**.“ (S. 51 f.)

Verschiedene **Themen** spielen so gut wie keine Rolle:

„Wenn in den politischen Magazinen während eines Vierteljahrs die **Bundeskanzlerin Angela Merkel** nie als Gegenstand der Analyse, sondern allenfalls als Satire-Objekt vorkommt, wenn Parteien und Parlament nur am Rande gestreift werden, wenn Europa nur in einem einzigen ökonomischen Exkurs thematisiert wird, wenn nie nach der politischen und militärischen Zukunft Europas gefragt wird, dann ist die Leerstelle zu groß.“ (S. 92)

„Die Themenauswahl bei der Außenpolitik wirkt willkürlich. Afghanistan spielt eine Rolle, die **Ukraine** nur ganz am Rande. Selbst wenn man nicht in den Chor der Kritiker einstimmt, die die Ukraine-Berichte in den tagesaktuellen Sendungen von ARD und ZDF einseitig fanden, so waren diese doch – fast logischerweise – stets konzentriert auf das Geschehen in Kiew oder an den Kriegsfronten. **Mehr Tiefe in der Recherche**, als es der Tagesjournalismus zu leisten vermag, **mehr Auskünfte über das gesamte Land** hätten das Bewusstsein über die außerordentliche Lage am Rande Europas sicher schärfen können.“ (S. 50)

„Die politischen Magazine warnten wachsam vor rechtsradikalen Gefahren. Ansonsten berichteten sie je einmal über die Grünen in Baden-Württemberg, die Linkspartei in Thüringen und die CSU. Völlig gemieden, umschifft, ignoriert oder der sogenannten Berlin-Berichterstattung überlassen wird **jedwede Berichterstattung**, die einen Bezug **zu den großen**, im Parlament vertretenen oder **das Land regierenden Parteien** aufweist. Sie gelten entweder als langweilig oder als so sehr der Taktik von Machterwerb und Machterhalt verhaftet, dass sie bei der Analyse gesellschaftlicher Trends und Hintergründe vernachlässigt werden können.“ (S. 50)

„Dasselbe trifft ebenso uneingeschränkt auf **Europa** zu. Abgesehen von einem Bericht in *frontal 21* zur französischen Wirtschaftskrise und der großen Enthüllung von *Panorama* zur Steueroase Luxemburg, spielt Europa in den politischen Magazinen keine Rolle.“ (S. 50)

„Nur einen einzigen Beitrag gab es im Berichtszeitraum über ein **Problem der Digitalisierung**. Dies steht in einem krassen Missverhältnis zu deren tatsächlicher gesellschaftlicher Bedeutung. Schief liegt, wer in solchen Themen lediglich einen Trick sieht, um jüngeres Publikum an das Programm heranzuführen.“ (S. 46)

„Die Digitalisierung wird in den Redaktionen wohl entweder als Spezialgebiet für Nerds angesehen oder als Infrastrukturproblem (Spiegel-TV). Nur einmal wurde über die Mitwohnplattform „Airbnb“ berichtet (Monitor). Die Digitalisierung aber betrifft uns alle. Sie wird die Arbeit der Zukunft durchdringen, ebenso alle Fragen der Mobilität oder des Lernens, der medizinischen Versorgung und des Konsums. Hier reift ein dramatisches gesellschaftspolitisches Thema heran. An den politischen Magazinen geht es bisher vorbei.“ (S. 50 f.)

Der Politische Journalismus macht oft Boulevardjournalismus:

„Was früher einmal typisch für den Boulevard-Journalismus war, ist auch in den politischen Magazinen längst auf dem Vormarsch: der weinende Betroffene, in der Steigerung: die weinende Rentnerin. Die Betroffenen leiden, und ihr Leid wird uns vorgeführt, um Mitleid zu erregen. In der Regel geht es um ganz unmittelbare Interessen. Um sie durchzusetzen, wird an verantwortliche Instanzen appelliert: Versicherungen, Krankenkassen, „die Politik“. Oft wird das Fernsehen auch nur genutzt, um einen verlorenen Prozess wieder aufzurollen. Zu einer **politischen Haltung würde das Suchen, Erkennen, Diskutieren, Zweifeln und Gestalten** gehören. In der simplen Konstruktion von Betroffenen, die immer Opfer sind, und Verantwortlichen als stets rücksichtslosen Tätern gehen diese Tugenden und Zwischentöne verloren. **Politisches Bewusstsein fördert das nicht, weil das Engagement nicht über das eigene Ich hinausweist**, sondern befangen bleibt in der Befriedigung individueller Bedürfnisse.“ (S. 56 f.)

Grundsätzlich stellt Bernd Gäbler fest:

„Ein Problem entsteht allerdings dann, wenn das Investigative nicht als Methode, sondern als ein Sektor des Journalismus aufgefasst wird. ... Tatsächlich liegt die Wahrheit ja nicht einfach jenseits der Oberfläche. Es kommt für die politischen Magazine darauf an, sich nicht allein den Hintergründen zu widmen und darüber das parteipolitisch Vordergründige zu ignorieren, sondern beide Ebenen der Wirklichkeit miteinander zu vermitteln. Geheimnisse offenlegen und das Offenkundige deuten; gesellschaftspolitische Grundtrends erkennen und machtpolitische Taktiken erklären; informieren über Hintergrund und Vordergrund, Ökonomie und Politik – eine solche synthetisierende Arbeit würde die Bedeutung der politischen Magazine stärken.“ (S. 92 f.)

Zu MDR-Magazin Fakt führt er aus:

„Es fällt sofort auf, dass sich *Fakt* einer Kategorie widmet, die für die bisher erörterten Magazine gar nicht zu veranschlagen war: der Geschichte. Das mag daran liegen, dass sich *Fakt* in besondere Weise als Stimme der Ostdeutschen versteht. Beide Beiträge befassten sich mit Besonderheiten aus der DDR-Vergangenheit.“ (S. 33)

„Was aber waren die Recherche-Highlights? Dazu muss man leider sagen, dass es sie hätte geben können, wenn die Kraft zur Recherche ausgereicht hätte. So aber wirkte es, als habe sich die Redaktion zwar anspruchsvolle Themen vorgeknöpft, jedoch ohne diese tatsächlich bewältigen zu können.“ (S. 33)

„Bemerkenswert ist noch, dass in *Fakt* einer der wenigen Beiträge lief, in denen Fragen der Parteipolitik thematisiert wurden (16.9.). Wenn die SPD zustimme, könne die Linkspartei in Thüringen eine Regierung bilden, wurde gewarnt; in Brandenburg gebe es ja schon Rot-Rot. Als alte SPD-Autoritäten, die diese Entwicklung kritisch sehen, wurden Hans-Jochen Vogel und Manfred Stolpe angeführt. Über die rechtspopulistische AfD (Alternative für Deutschland) hieß es, sie könne doch

wirken wie die „Grünen damals“. Man müsse zwar noch abwarten, wie „leistungsfähig“ diese Partei sein werde, aber insinuiert wurde auf jeden Fall schon einmal, dass aus Gründen der Balance zur bald regierenden Linkspartei ein „Ausgrenzen“ der AfD verfehlt sei. Dieser einzige Bericht zur Parteipolitik war also wenig Bericht, aber viel Partei. Das andere innenpolitische Stück – es erregt Mitleid mit einem arglosen Metzger, der von militanten Tierschützern drangsaliert wird (siehe auch Kapitel 4.3.2) – wäre in einem Regionalmagazin besser aufgehoben gewesen. Es wurde kaum bearbeitet aus MDR-Exakt übernommen.“ (S. 35)